



Antrag

der Abgeordneten **Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Michael Busch, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Florian von Brunn, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Pflegestudiengänge attraktiv machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Studierenden in den primärqualifizierenden pflegerischen Studiengängen an den bayerischen Hochschulen zu erhöhen und die Studiengänge für Studierende attraktiver zu gestalten. Zu den Maßnahmen gehören:

1. Die Vergütung der umfangreichen Praxiseinsätze der Studierenden muss auf bayerischer Ebene geregelt werden.
2. Die Praxisanleitung in den Kliniken muss refinanziert werden, um deren Bereitschaft zur Ausbildung zu steigern.
3. Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen beim Auf- und Ausbau der primärqualifizierenden Pflegestudiengänge muss verbessert und die Studiengänge personell und materiell angemessen ausgestattet werden.
4. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen dabei unterstützt werden, Anforderungsprofile für die Absolventen und Absolventinnen des Pflegestudienganges zu erarbeiten, um entsprechende Tätigkeitsfelder zu schaffen.

Begründung:

Im Rahmen der Novellierung des Pflegeberufgesetzes (PflBG) wurde ab 2020 in Deutschland die Gelegenheit geschaffen, Pflege an Hochschulen und Universitäten primärqualifizierend zu studieren. Damit wird das Ziel der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) umgesetzt, die Anzahl der Studienplätze für eine hochschulische Pflegeausbildung bis Ende 2023 deutlich zu erhöhen. Stetig komplexer werdende Anforderungen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung führen seit Jahren zu einem steigenden Bedarf an akademisch qualifizierten Pflegefachkräften. Der Wissenschaftsrat hat bereits 2012 die Empfehlung abgegeben, dass zehn bis zwanzig Prozent des Personals in allen Einrichtungen, von den Kliniken, Pflegeheimen, bis zu den ambulanten Diensten mindestens über einen Bachelorabschluss verfügen sollen.

Das Angebot des primärqualifizierenden Studiums gibt es in Bayern seit 2020, bereits bei der Einführung des Studiums im ersten Jahr blieb die Zahl der Studierenden mit insgesamt 80 bayernweit hinter den Erwartungen zurück. Im Wintersemester 2021/2022 hat sich die Situation kaum verbessert: Nur 100 Studierende sind in den Pflegestudiengängen eingeschrieben. Nach einer Umfrage des Bayerischen Rundfunks sind etwa an der Technischen Hochschule Deggendorf von 80 Studienplätzen gerade fünf belegt, in Regensburg sind es nur 16 Studienplätze von möglichen 40.

Die Gründe für die mangelnde Attraktivität des Studienganges für Studierende waren vorhersehbar und wurden vom Deutschen Pflegerat e. V. (DPR), der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft e. V. (DGP) und den beteiligten Hochschulen schon bei der Konzipierung des neuen Studienangebots angemahnt. Mit der fehlenden Entlohnung bei Praxiseinsätzen der Studierenden, der fehlenden Refinanzierung der Praxisanleitung der medizinischen Einrichtungen sowie einer unzureichenden finanziellen Ausstattung der Hochschulen hat die Staatsregierung dem Studiengang wenig Chancen mit auf den Weg gegeben.

Für viele Studierende ist das derzeitige Pflegestudium aus finanziellen Gründen nicht leistbar: Sie müssen 2 300 Stunden Praxiseinsätze ohne Vergütung leisten. Einen gesetzlichen Anspruch auf die Vergütung gibt es nicht. Schicht- und Wochenenddienste erschweren eine Beschäftigung neben dem Studium.

Ebenso ungeklärt ist die Refinanzierung der Praxisanleitung in den Pflegeeinrichtungen, die Kooperationsverträge mit den Hochschulen schließen. Die Anleitung muss von den Einrichtungen selbst finanziert werden, was die Bereitschaft für Kooperationen stark einschränkt. So müssen sich interessierte Studierende gegen ein Studium entscheiden, da sie keine Praxisstelle finden konnten. (BR 21.10.21)

Für die Hochschulen bedeuten die primärqualifizierenden Pflegestudiengänge einen erheblichen Investitionsbedarf. Die Studienstruktur mit hohem Praxisanteil erfordert mehr Personal für die Koordination der Praxiseinsätze und die fachliche Begleitung der Studierenden. Eine entsprechende Finanzierung durch die Staatsregierung ist nicht erfolgt.

Auch wenn Einigkeit über das Ziel der Akademisierung der Pflege besteht, ist in der Praxis noch unklar, welche Positionen die Pflegekräfte mit Studienabschluss einnehmen sollen. Nach Aussagen der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) wurden bisher noch nicht ausreichend Stellen für die Absolventen und Absolventinnen geschaffen. So fehlten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen die notwendigen Ressourcen, um die nötigen Aufgabenprofile zu entwickeln. Mit Förderprogrammen der Staatsregierung könnte hier wichtige Aufbauhilfe geleistet werden.